

Beiträge an Swisspeace: Laurent Goetschel im Interview

 [nzz.ch/schweiz/wer-nicht-sagt-was-man-selber-denkt-wird-sofort-in-die-ecke-gestellt-sagt-friedensforscher-laurent-goetschel-ld.1770711](https://www.nzz.ch/schweiz/wer-nicht-sagt-was-man-selber-denkt-wird-sofort-in-die-ecke-gestellt-sagt-friedensforscher-laurent-goetschel-ld.1770711)

Georg Häsler (geo), Annick Ramp (ara)

Laurent Goetschel, Direktor von Swisspeace: «Friedensforschung soll Diskussionen auslösen!»

Herr Goetschel, was hat der 7. Oktober, der Tag, als die Hamas den Süden Israels überfiel, bei Ihnen ausgelöst?

Es war ein grosser Schock über die Gewalt, über die Grausamkeit, aber auch über die Tatsache, dass so ein Massaker überhaupt möglich ist – in einem Land, in dem die Sicherheitsvorkehrungen omnipräsent sind.

Eine Zeitenwende?

Ich habe mit dem Begriff Zeitenwende immer etwas Probleme, weil er suggeriert, dass die Zeit wieder auf null gestellt wird und eine neue Epoche, ein neues Zeitalter anfängt. Und ich denke, dass der 7. Oktober trotz allem in einem Kontext betrachtet werden muss. Die Angreifer sind ja nicht einfach vom Mond gefallen. Auch wenn das, was die Hamas getan hat, abscheulich ist und für mich persönlich menschlich und ethisch unvorstellbar: Man wird im Umgang mit diesem Massaker nicht weiterkommen, wenn man die äusseren Umstände nicht berücksichtigt.

Dass die Juden selbst schuld an einem Pogrom sein sollen, ist ein altes, antisemitisches Stereotyp.

Keine Gruppe kann je selber an ihrem Leiden schuld sein. Für eine solche Tat gibt es keine Rechtfertigung. Es ist ein bestialischer, terroristischer Akt. Aber – auch das Aber klingt heute verfänglich –, aber das heisst nicht, dass man nicht untersuchen sollte, wie es zu einem solchen Massaker kommen konnte. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen dazu beitragen, zu verhindern, dass sich so etwas wiederholt. Das ist auch das Ziel der Erforschung von Genoziden.

Verantwortlich für das Massaker am 7. Oktober ist die Hamas. Trotzdem sind Sie dagegen, diese Terrororganisation in der Schweiz zu verbieten. Weshalb?

Zum Voraus: Ich will auf keinen Fall, dass die Hamas für künftige Prozesse irgendeine Legitimation erhält. Ich argumentiere aus einer schweizerischen Perspektive, wenn ich mich gegen ein Hamas-Verbot ausspreche: Erstens war die Hamas in der Schweiz bisher kaum aktiv. Zweitens lassen sich die Finanzflüsse der Hamas über die Schweiz mit dem

Embargogesetz bekämpfen. Drittens – und dieser Punkt ist für die Friedensförderung entscheidend – gibt es auch weitere Akteure, die als terroristisch eingestuft werden oder wurden: die kurdische PKK, die Tamil Tigers aus Sri Lanka, die Farc aus Kolumbien oder Boko Haram aus Nigeria. Würden wir die Hamas verbieten, dürften auch Verbote für solche Organisationen folgen, womit sich die Schweiz nicht mehr in die jeweiligen Friedensprozesse einbringen könnte.

Wegen dieser Aussage, die Sie bereits in der SRF-Sendung «Club» gemacht haben, hat der Baselbieter Landrat den Beitrag an Swisspeace gestrichen.

Ich wiederhole diese Aussage, weil es meine Überzeugung ist – persönlich, aber auch als Direktor von Swisspeace. Ich vertrete stets die Sicht der Friedensförderung. Es ist bedauerlich, dass der Landrat diesen Entscheid getroffen und überhaupt eine solche Debatte geführt hat. Das kommt einem politischen Maulkorb für die Wissenschaft gleich, und zwar in einem doppelten Sinn: in Bezug erstens auf Stellungnahmen in der Öffentlichkeit und zweitens auf die Forschungs- und Lehrfreiheit.

Es ist aber das gute Recht eines Parlaments, auch über universitäre Inhalte zu debattieren.

Natürlich. Nichts liegt mir ferner, als die demokratische Budgethoheit eines Parlaments infrage zu stellen. Ich sage: Es ist nicht zweckdienlich, einerseits Forschung zu unterstützen, andererseits aber deren Inhalte steuern zu wollen. Das ist ein Forschungsverständnis aus der Zeit vor der Aufklärung, als die Kirche die zulässigen Forschungsergebnisse bestimmte.

Vielleicht ist die Debatte auch Ausdruck eines Unbehagens gegenüber der Friedensforschung. Können Sie das nachvollziehen?

Friedensforschung soll Diskussionen auslösen! Swisspeace hat den Auftrag, in der Öffentlichkeit relevante Debatten anzustossen. Die Schwierigkeit ist, dass dann gleich der Vorwurf geäußert wird, Politikwissenschaften, zu denen die Friedensforschung gehört, würden vor allem Meinungsmache betreiben.

Eine Aussage reicht, und die Gelder sind weg.

Die Debatte im Baselbieter Landrat steht sinnbildlich für den Zustand der öffentlichen Debatte, was diesen Konflikt betrifft – auch losgelöst von der Forschung: Es sind aufgrund von politischen Einstellungen, religiösen Gefühlen, familiären Banden oder Freundschaftsbeziehungen sehr viele Sensibilitäten und Emotionen im Spiel. Wer nicht sagt, was man selber denkt, wird sofort in die Ecke gestellt. Das gilt dann auch für die Wissenschaft: Es wird kein Unterschied zwischen der Person und den Ergebnissen der Forschung mehr gemacht.

Bereits im Vorfeld des Zionistenkongresses im Juni gerieten Sie in Basel in die Kritik, Sie und Swisspeace seien übermässig israelkritisch. Haben Sie diese Warnung zu wenig ernst genommen?

Ich wage zu behaupten, dass wir die Einzigen waren, die eine etwas kritischer reflektierende Dimension in dieses Programm der 125-Jahr-Festlichkeiten zum ersten Zionistenkongress eingebracht haben. Und ja, wir haben es gewagt, auch den einen oder anderen Palästinenser einzuladen, und das wurde gewissermassen als Party-Crashing empfunden. Denn die Feier wurde von den anderen Akteuren der Zivilgesellschaft als eine Art Geburtstagsfest geplant.



Der Swisspeace-Direktor Laurent Goetschel: «Wer nicht sagt, was man selber denkt, wird sofort in die Ecke gestellt.»

Swisspeace ist kritisch gegenüber dem Zionismus.

Swisspeace ist an der Lösung von Konflikten interessiert. Und im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt ist der Zionismus ein Aspekt, der bisher zu einer Ausweitung des Konflikts beigetragen hat.

Der Zionismus ist die Grundlage des Staates Israel.

Der Staat Israel ist ein Teil dieses Konfliktes. Hätte es die zionistische Ideologie und darauf gestützt die Errichtung des Staates Israel nicht gegeben, würden wir jetzt nicht hier sitzen und dieses Gespräch führen.

Wer den Zionismus ablehnt oder den Zionismus als Teil des Problems anschaut, stellt letztlich die Existenz des Staates Israel infrage.

Den Zionismus abzulehnen oder den Zionismus als Teil des Problems zu betrachten, ist nicht dasselbe. Ich stelle das Existenzrecht Israels nicht infrage. Es gab im Übrigen im Zionismus historisch gesehen sehr unterschiedliche Strömungen. Theodor Herzl selber hatte die Vision, Juden und Palästinenser könnten in einem künftigen Staat friedlich Seite an Seite leben. Basel wurde relativ zufällig zum Austragungsort des ersten Zionistenkongresses, also hielten wir Basel 125 Jahre später für einen legitimen Ort für eine kritische Reflexion. Nur sind solche Auseinandersetzungen nicht bei allen Akteuren gleichermassen beliebt.

Auch beim Aussendepartement (EDA) ist die Haltung gegenüber der aktiven Friedenspolitik kritischer geworden. Der Bund hat nach dem Hamas-Massaker elf Nichtregierungsorganisationen aus Israel und Palästina, die Geld aus der Schweiz erhalten, eingehend untersucht. Weshalb sahen Sie das kritisch?

Natürlich soll der Bund NGO überprüfen, die Steuergelder erhalten. Es sind auch nicht irgendwelche Almosen, sondern Gelder, die an Leistungsvereinbarungen im Einklang mit der schweizerischen Aussenpolitik gebunden sind. Was mich störte, war der Zeitpunkt mitten in einem Notstand – und noch mehr, dass die Liste auf der Website publiziert wurde, wo doch das EDA selber sagte, es habe keine Hinweise auf eine Nichteinhaltung der vertraglichen Verpflichtungen. Damit wurde die Qualität der Arbeit dieser aus meiner Sicht sehr wichtigen Akteure öffentlich und grundsätzlich infrage gestellt. Die englischsprachige Zeitung «Haaretz» nahm das Thema auf. Es entstand für die betroffenen Organisationen ein grosser Imageschaden.

Drei von elf dieser NGO wurden schliesslich vom Bund gesperrt. Der Verdacht war also begründet.

Drei von elf, ja. Aber weshalb mussten alle elf vor der Überprüfung öffentlich an den Pranger gestellt werden? Die Hälfte davon sind israelische NGO. Eine davon beschäftigt sich mit dem Zugang israelischer Araber zum Gesundheitssystem.

Wie stellen Sie sicher, dass die Partner von Swisspeace nicht mit der Hamas zusammenarbeiten?

Kein internationaler Akteur, der im Gazastreifen in den letzten Jahren tätig gewesen ist, hatte gar keine Kontakte zur Hamas, sie war faktisch die Regierung von Gaza.

Eine totalitäre Regierung . . .

. . . die ursprünglich demokratisch an die Macht gekommen ist . . .

. . . und auch schon vor 2007 eine totalitäre Terrororganisation war.

Aber vor 2007 hatte sie noch keine Regierungsgewalt in Gaza. Zu Ihrer Frage: Wir haben klare Richtlinien, nach denen wir unsere Partner auswählen und die Good Governance unserer Projekte überprüfen. In Gaza hatten wir in den letzten Jahren drei Projekte: zwei davon bezweckten die innerpalästinensische Versöhnung, das eine im Gesundheits- und im Erziehungsbereich – dieses lief über die Uno und das EDA – und das andere mit drei Universitäten im Westjordanland und in Gaza, ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem EDA. Beide Projekte sind schon seit ein paar Jahren beendet. In einem noch laufenden Projekt arbeiten wir mit der Islamic University of Gaza zusammen und bauen ein Programm im Bereich Frieden und Konfliktlösung auf.

Die israelische Luftwaffe hat genau diese Universität aus der Luft angegriffen – mit der Begründung, der Campus sei ein Trainingsgelände und ein Waffendepot.

Ich war natürlich nie im Keller dieser Universität, bin aber gegenüber Nachrichten, die von nur einer der beiden Konfliktparteien stammen, immer etwas vorsichtig: egal, ob von der israelischen Armee oder vom Hamas-Gesundheitsministerium. Sicher wurden an dieser Uni auch Leute mit Hamas-Kontakten ausgebildet. Zudem haben die Israeli meines Wissens praktisch alle Universitäten im Gazastreifen bombardiert und weitgehend zerstört.



Laurent Goetschel, Direktor von Swisspeace: «Ich könnte das auch umdrehen und sagen: Das Bedürfnis nach Friedenspolitik wächst wegen dieser Kriege exponentiell.»

Wir sind unterdessen mit zwei Kriegen im unmittelbaren Umfeld der Schweiz konfrontiert – im Gazastreifen und in der Ukraine. Was bleibt da von der Friedensforschung und auch der aktiven Friedenspolitik noch übrig?

Ich könnte das auch umdrehen und sagen: Das Bedürfnis nach Friedenspolitik wächst wegen dieser Kriege exponentiell. Es geht darum, Wege zu finden, wie mit dem Krieg und den Folgen davon umgegangen werden kann.

Aber Clausewitz hat sich auch in Europa wieder durchgesetzt: Man kann mit militärischen Mitteln politische Ziele erreichen.

Die rasche Reaktion der EU mit den Sanktionen und die Geschlossenheit der Nato gegen die russische Aggression zeigen, dass der Westen eine hohe Resilienz hat, wenn es darum geht, sich genau dieser Logik entgegenzusetzen.

Gibt es überhaupt einen Widerspruch zwischen Clausewitz und den Ansätzen der Friedensforschung?

Der Untersuchungsgegenstand ist der gleiche, aber die Perspektive variiert. Clausewitz gibt Hinweise darauf, wie mit einer Politik der Stärke ein Siegfriede erreicht werden kann. Die Friedensforschung dagegen nimmt eine andere Perspektive ein: Es geht nicht darum, die Bedingungen des Sieges auszuloten, sondern die Bedingungen des Friedens. Zudem beziehen sich die Aussagen der Friedensforschung vor allem auf innerstaatliche Konflikte, wo es dann wirklich auch darum geht, die Mitwirkung der verschiedenen Bevölkerungsteile an einer Lösung zu ermöglichen, weil dann am Schluss diese Lösung ja auch von allen Konfliktparteien mitgetragen werden muss. Und Israel - Palästina wäre eben auch letzten Endes als Bürgerkriegskontext zu werten.

Jüdinnen und Juden empfinden eine feindliche Stimmung seit dem Ausbruch des Gaza-Kriegs. Der Antisemitismus ist zurück. Wie erleben Sie das?

Zunächst würde ich sagen: Der Antisemitismus war nie weg. Er ist jetzt einfach etwas Sichtbares. Zudem gab es bei jedem Nahostkrieg eine Aufwallung des Antisemitismus.

Aber die Dimension ist eine andere.

Ja, aber auch die Dimension des Kriegs ist eine andere. Es läuft auf eine Gleichsetzung der Juden und Jüdinnen und ihrer Institutionen in der Schweiz oder in anderen westlichen Ländern mit der israelischen Regierung und deren Politik hinaus, was völlig deplatziert und inakzeptabel ist.

Das Klima ist auch in der Schweiz vergiftet. Eigentlich müsste Swisspeace jetzt im Inland aktiv werden.

Wir haben schon lange einen runden Tisch zum Thema Israel - Palästina. Dort wird zum Teil sehr kontrovers diskutiert. Aber diesen Rahmen schaffen wir nicht nur für den Nahen Osten, sondern auch für andere Konflikte: Afghanistan, Guatemala, den Südsudan oder Syrien.

Aber zurzeit werden Sie eher als Partei angeschaut.

Ja, weil ich es wage, eine Meinung zu vertreten – von der ich glaube, dass sie die Bedingungen der Friedensförderung stärkt.

Friedensforscher und Sozialdemokrat ▾

geo. Laurent Goetschel, Jahrgang 1965, ist Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung (Swisspeace). Er studierte internationale Beziehungen in Genf und ist seit 2013 ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel. Goetschel dissertierte über die Informationspolitik der Schweizer Behörden in Bezug auf die EWR-Abstimmung von 1992. 2003/2004 war er persönlicher Mitarbeiter der damaligen Bundesrätin Micheline Calmy-Rey im Aussendepartement. Goetschel ist SP-Mitglied.



PRO

Von einer Eskalation in der Arktis bis zu einer Vogelgrippe-Pandemie: Teil 2 der «NZZ PRO Global»-Szenarien für 2024

29.12.2023 ⌚ 4 min



PRO

«Das Schicksal der Ukraine liegt in den Händen der westlichen Politik», sagt der amerikanische General Philip Breedlove

27.12.2023 ⌚ 9 min



Kommentar

Das Verteidigungsdepartement muss sich jetzt um die Landesverteidigung kümmern, für weitere personelle Turbulenzen ist die europäische Sicherheitslage zu ernst

22.12.2023 ⌚ 3 min



Kommentar

Die Schweiz muss sich ernsthaft auf einen grösseren Krieg in Europa vorbereiten

19.12.2023 ⌚ 3 min



Das Parlament will das Kriegsmaterialgesetz der geopolitischen Realität anpassen

18.12.2023 ⌚ 4 min

Andere Autoren

[Annick Ramp_ \(ara\)](#)



Podcast

«Captain Ella» erklärt Israels Krieg gegen die Hamas – als Araberin und Muslimin

05.01.2024



Gastkommentar

Palästinenser erzählen mir, man ignoriere ihr Leid – über die Folgen westlicher Ignoranz

05.01.2024 ⌚ 6 min



Live

Krieg in Nahost: Israel will sich laut ihrem Verteidigungsminister nach Ende des Krieges aus dem Gazastreifen zurückziehen

05.01.2024 ⌚ 9 min



«Heute sind wir alle Hamas» – an der Beerdigung von Saleh al-Aruri geben sich die Palästinenser kämpferisch

04.01.2024 ⌚ 5 min



Terror am Grab des Generals: IS bekennt sich zu blutigen Anschlägen in Iran

04.01.2024 ⌚ 4 min

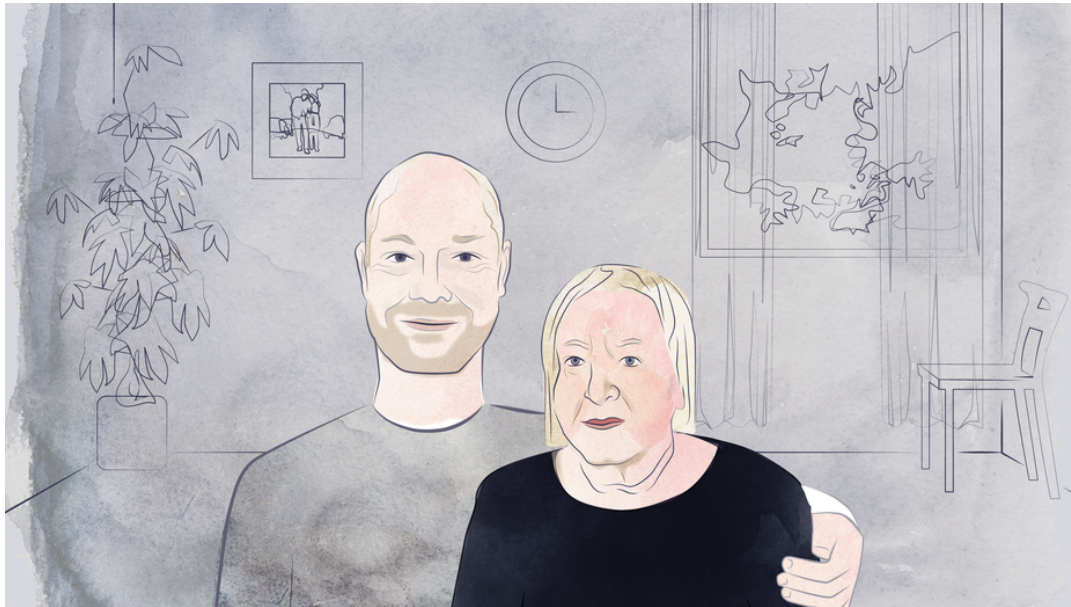


Für die Türkei hat der Angriff auf den Hamas-Funktionär in Libanon eine besondere Tragweite

04.01.2024 ⌚ 4 min

Weitere Themen

- Gazastreifen
- Israel
- Terrorismus





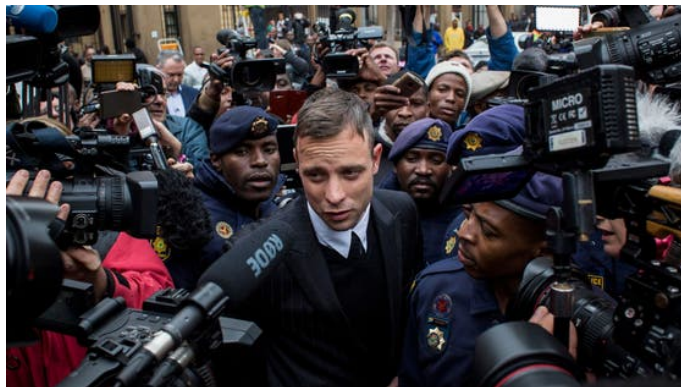
Zwei Jahre hat Thomas R. seine betagte Mutter nicht mehr im Heim besucht – aus Angst vor den Behörden

05.01.2024 ⌚ 11 min



Tour de Ski: Dem Schweizer Langlauf fehlen trotz der Erfolge Dario Colognas die Ergebnisse

04.01.2024 ⌚ 4 min



Oscar Pistorius wurde aus dem Gefängnis entlassen – Südafrika erlebt den zweiten Teil eines nationalen Traumas

Aktualisiert
vor 2 Stunden ⌚ 5 min



Neuer SVP-Präsident: Warum Marcel Dettling kein zweiter Toni Brunner ist

05.01.2024 ⌚ 5 min



«Am Rand des Existenzminimums»: Deshalb sind die Physiotherapeuten so wütend

05.01.2024 ⌚ 4 min



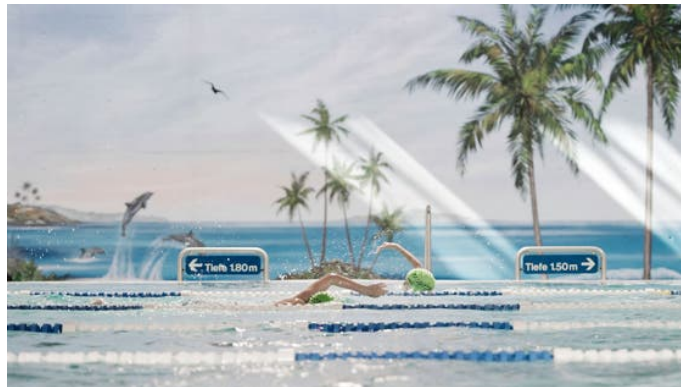
Verschachtelte Firmen und naive Banken: Der Fall Benko erinnert an den Finanzjongleur Werner K. Rey

05.01.2024 ⌚ 7 min



Im ältesten Bankarchiv der Welt schlummern tausend Geheimnisse: Auf der Suche nach einem verschollenen Meisterwerk

05.01.2024 ⌚ 7 min



Schwimmen ist ein idealer Gesundheitssport – diese Tipps steigern das Wohlbefinden zusätzlich

05.01.2024 ⌚ 5 min